

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 7

Artikel: "Bauernpartei" und Land-Solidarität : die politische Mehrfrontenlage in der polnischen Landwirtschaft
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094431>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die politische Mehrfrontenlage
in der polnischen Landwirtschaft

«Bauernpartei» und Land-Solidarität

Eine Untersuchung von Laszlo Revesz

Eine grosse Streitfrage ist im polnischen Bemühen um die Generalstreikvermeidung provisorisch an den Rand gedrängt worden: das Begehren der Land-Solidarität, der

faktisch bestehenden Bauerngewerkschaft, nach Anerkennung. Das Begehren entspricht dem Aufbegehren gegen eine «Bauernpartei», die keine ist. Auch revoltiert

ihre eigene Jugend gegen sie. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, was aus den untergeordneten Partnerparteien der kommunistischen PVAP jetzt werden soll. Einstweiliger Befund: die eine revoltiert zur Hälfte, die andere zur Gänze.

Eine Entwicklung zum Pluralismus gibt es in Polen *de facto* sowohl weltanschaulich im Leben der ganzen Nation als auch organisatorisch bei der Gewerkschafts- und Jugendbewegung. In der offiziellen Politik aber wird der Pluralismus negiert.

Zur politischen Charakterisierung Polens gilt nominell noch immer die gut dreissigjährige Formel «Sozialistisches Mehrparteiensystem *ohne Opposition*». Und der «Versuch, die Rolle einer politischen Opposition zu spielen», gilt in allen parteiamtlichen Verlautbarungen noch immer als unzulässig, ja als konterrevolutionär und verbrecherisch.

Das ist an der Wirklichkeit vorbeigeredet, zwingt aber immerhin die tatsächliche Opposition, sich anders zu nennen. Denn unter dieser Bedingung wird sie als nichtoppositionelle Gesellschaftsorganisation anerkannt.

Satellitenparteien geraten auf verschiedene Bahnen

Beim tatsächlichen Aufbruch zum politischen Pluralismus hat das «sozialistische Mehrparteiensystem» überhaupt keine Rolle gespielt; es wurde zunächst einfach links liegengelassen, ein unbeachteter Ueberrest eines historischen Alibis. Nachträglich steht es aber heute doch zur Debatte: zum einen Teil als Transformationsobjekt und zum andern Teil als Hindernis für eine echte Bauernvertretung.

Die kommunistische Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) hat zwei «brüderliche und verbündete Parteien» unter sich: die Vereinigte Volkspartei (Bauernpartei, ZSL) und die Demokratische Partei (SD). Beide betonen in ihren eigenen Beschlüssen die führende Rolle der PVAP. Das gilt durchaus auch für die jetzige Zeit des Erneuerungsprozesses und gehörte noch

am jüngsten SD-Kongress zu den obligaten Formeln (siehe «Kurier Polski», 18. 3. 1981). Die beiden Anhängsel sind auf polnisch auch sprachlich von der PVAP abgetrennt: Diese allein nennt sich «Partia», während ZSL und SD die Bezeichnung «Stronnictwo» führen, was ebenfalls mit «Partei» zu übersetzen ist, aber als Ausdruck weniger Gewicht hat.

Hinter den gleichlautenden Ergebnissformeln verbarg sich indessen schon zuvor ein Unterschied: die ZSL (475 000 Mitglieder) war von der PVAP stärker satellisiert als die SD (115 000 Mitglieder). Heute scheint aus dem Unterschied eine gegensätzliche Entwicklung zu werden.

Papierbauern in der Zerreihsprobe zwischen KP-Seniorpartner und Landjugend

Die ZSL (1949 aus einer Zwangsvereinigung hervorgegangen) spielt die Rolle einer amtlich beglaubigten Bauernpartei und wird von den Bau-

ern selbst als bauernfeindliche Partei verstanden. Das hat sich naturgemäss verschärft, seitdem die Bauern eine eigene Gewerkschaft wollen und man ihnen zur Antwort gibt, sie hätten ja schon ihre Vertretung, eben die ZSL. Das empfinden sie als Hohn, zumal die staatliche Landwirtschaftspolitik, die im Mittelpunkt der Kritik steht, immer auf «gemeinsame Beschlüsse» von PVAP und ZSL gestützt war.

Während die SD sich wenigstens zu einer Art Partei der Intellektuellen (heute 60 Prozent der Mitglieder) spezialisierte und sich ein gewisses Reformpotential zutut, blieb die ZSL-Mitgliedschaft eine Manipuliermasse; ihre Wortführer waren «Schauspieler» (so ein interviewter Bauer), die im Parteivorstand und im Sejm die Bauernvertretung mimten.

Sowohl bei der SD als auch bei der ZSL ist es im Verlaufe des Erneuerungsprozesses zur Gründung von Jugendorganisationen gekommen. Aber während die Jungdemokraten *mit* der Mutterpartei zusammen ihre Reformwünsche verwirk-



Das musste Kanla (links) als Ehrengast mit ansehen: Am Kongress der Demokratischen Partei (SD) im März wurde die ganze Führung gestürzt. Die Rebellion galt auch der führenden Rolle der PVAP; man verlangt «gleichberechtigte Partnerschaft».

lichen wollen, profilieren die Jungbauern ihre Aenderungswünsche gegen die Mutterpartei; der Unterschied ist symptomatisch.

Der Verband der Landjugend (ZMW) entstand im letzten Dezember als Jugendfiliale der ZSL ohne deren Dazutun und markiert seinerseits Distanz. In der «Ideologischen Erklärung des ZMW» vom 3. 12. 1980 heisst es dürftig: «Er (der ZMW) stützt sich auf die Prinzipien von System und Verfassung; als führende Kraft im sozialistischen Aufbau erachtet er die PVAP, die mit ZSL und SD zusammenarbeitet.» («Sztandar Mlodych», 9. 3. 1981) Nicht einmal ein gesonder-

tes Zugehörigkeitsbekenntnis zur eigenen Partei; da hat es in Westdeutschland die SPD mit ihren Jusos noch besser.

Auf dem ZSL-Kongress vom Dezember 1980 begrüsst PVAP-Sekretär Kania die verbündete Partei und betonte die grosse Sorge beider Parteien für die Jugendbewegung. «Die Jugendorganisationen» müssten sich vermehrt um die Erziehung der Jugend kümmern. Aber er zählte nur den Verband Sozialistischer Polnischer Jugend (ZSMP), die Sozialistische Vereinigung Polnischer Studenten und den Verband Polnischer Pioniere (wörtlich: Pfadfinder) auf.

Bezeichnenderweise fehlt es auch im wichtigen Tätigkeitsbeschluss des Sozialistischen Verbandes Polnischer Jugend (ZSMP, Jugendfiliale der PVAP) an einem Hinweis auf den ZMW. Dagegen will der ZSMP seine eigene Tätigkeit vermehrt auch auf das Land ausdehnen, offensichtlich um den ZMW hinauszudrängen — was sicher nicht gelingen wird («Walka Mlodych», 25. 1. 1981). Uebrigens: Pro forma kritisiert jetzt auch die ZSL die PVAP-Führung; so wandelt sich das Alibi Bedürfnis. Der ZSL-Sekretär Grybczak erklärte in einem Interview, in den siebziger Jahren sei die ZSL von der PVAP immer häufiger missachtet und herumkommandiert worden. Man habe die Entscheide über die Landwirtschaft formell unter der Mitwirkung der ZSL verabschiedet; dies sei jedoch nur Schein gewesen. All dies habe dazu beigetragen, dass die ZSL «das Vertrauen des Bauerntums verloren» habe («Prawo i zycie», 14. 12. 1980).

Der Vorsitzende der Provisorischen Landesverwaltung des ZMW übte Mitte Februar schwere Kritik an der Agrarpolitik des früheren Regimes. Das Dorf sei eine Kolonie der Stadt geworden. Während 36 Jahren habe man sich nur um die Industrie gekümmert, und ein Arbeiter-Bauern-Bündnis habe es niemals gegeben. Man habe Angst vor Lebensmittelmangel, aber sonst wolle man das Dorf auch heute genauso behandeln wie früher. Die Interessenkonflikte zwischen Stadt und Land könne man nicht aufgrund des guten Willens des Stärkeren lösen, sonst bleibe es beim Almosen («Tygodnik demokratyczny», 15. 2. 1981, Interview mit Waldemar Swirgen).

Mitte Februar 1981 hatte der ZMW 38 Komitees und Wojwodschaftsverwaltungen mit 1500 Zirkeln. Dort, wo die Land-Solidarität schwächer war, trat der ZMW in den Vordergrund.

Während die SD ihre Jugendorganisation unterstützt, wurde auf dem ZSL-Kongress vom Februar kein Wort über den ZMW verloren («Prawo i zycie», 14. 2. 1981).

Gegenbeispiel der Demokratischen Partei: jung und alt schmeissen gemeinsam die ganze Führung heraus

Auch die Demokratische Partei (SD) betont «die führende Rolle der PVAP in der Zusammenarbeit mit der SD und der ZSL». Der SD-Kongress vom März verlief aber im Zeichen der Kritik an der PVAP-Führung. Man verlangte eine «gleichberechtigte Partnerschaft» und protestierte gegen die Diskriminierung der SD-Mitglieder an ihrem Arbeitsplatz (Vertreter von Elblag, «Kurier Polski», 17. 3. 1981). Forderungen waren: die Beseitigung der Aufteilung der Gesellschaft in Regierende und Regierte und die Liquidierung des Nomenklatur-Systems, auf das sich die PVAP-Führung in der Kaderpolitik stützt. Die Stimmung war: «Wir wollen im Lande Ruhe, aber nicht um jeden Preis.» Der Kongress verlangte auch die Anerkennung der «riesigen Verdienste der katholischen Kirche im Interesse der Existenz der polnischen Nation» («Kurier Polski», 16. 3. 1981).

Während am ZSL-Kongress die frühere Führung im wesentlichen bestätigt wurde, erfolgte auf dem SD-Kongress ein echter Erdrutsch. Im 120-köpfigen ZK blieben nur drei von den früheren Mitgliedern.

Aus dem Inhalt:

Einkommensumverteilung — Konzentration auf die Mitte auf dem Weg über die Marktwirtschaft — Die Chancengleichheit und ihre Kehrseite — Von der Demokratie zum Demokratismus — Der weitere Ausbau des Wohlfahrtsstaates, ein Anachronismus — Krise des Steuerstaates — Der Fiskaldruck bei den Unternehmen — Wenn die Investitionen «zu klein» ausfallen — Konsumgesellschaft und permissive Gesellschaft — Verpflichtet sind immer die anderen — Gewerkschaften und Unternehmer — Zukunftsangst — Humanisierung der Arbeitswelt — Die neuen sozialen Fragen und Ansätze zu ihrer Lösung.

Emil Küng zeigt, wie Fundamentaldemokratisierung aller Lebensbereiche und überspitzte Gleichmacherei den freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat in Gefahr bringen können. In einem Kapitel über den Wohlfahrts- und Leistungsstaat nimmt er insbesondere den Hegungs- und Versorgungsstaat aufs Korn, der sich auf Kosten unse-

rer Freiheit der Einkommensverwendung herausgebildet hat. Nicht zuletzt wird die Entwicklung der Konsumgesellschaft zur permissiven, moralisch totaliberalisierten Gesellschaft als Irrweg gebrandmarkt. In allen Kapiteln werden allerdings auch positive und tragfähige Alternativen für die Zukunft aufgezeigt.

Ein Buch, das in den «Schulsack» jedes geistig und politisch interessierten Schweizers gehört.

Emil Küng
Professor an der Hochschule St. Gallen

Wege und Irrwege in die Zukunft

Verlag Hochschule + Gesellschaft, Zürich, 215 Seiten, Pb., Fr. 16.—

Bestellschein

Senden Sie mir Ex. Küng «Wege und Irrwege», zu Fr. 16.— pro Exemplar + Porto

Name und Adresse:

Einsenden: Buchhandlung SOI, CH 3000 Bern 6.

Anfang 1981 entstand der Verband der Demokratischen Jugend (ZMD) mit Sitz in Krakau als Organisation der intellektuellen Jugend, welche sogar unter den jungen PVAP-Mitgliedern gewisse Anziehungskraft zu haben scheint. Wie der Präsident des provisorischen Landesrates, Piotr Wallo, betonte, wandte sich sein Verband um Hilfe an die SD und bat diese um «politisches Patronat», was in einem Sonderbeschluss des SD-Kongresses auch angenommen wurde: «Der Verband Demokratischer Jugend ist eine selbständige Organisation und arbeitet mit der SD aufgrund der ideologisch-programmatischen Gemeinsamkeit zusammen.» («Kurier Polski», 17. 3. 1981, S. 3) Auch im Statut des ZMD heisst es: «Der ZMD ist eine selbständige politische Organisation. Infolge der ideologischen Konvergenz arbeitet er mit der SD eng zusammen...»

Der SD war nach 1957 nicht erlaubt worden, eine eigene Jugendfiliale zu haben. Die Initiative zur Gründung bzw. Wiedergründung des Verbandes entstand im September 1980, die erste gesamtpolnische Beratung kam jedoch erst Anfang 1981 in Krakau zustande, wo man einen provisorischen Landesrat und dessen Präsidium wählte. Man verabschiedete gleichzeitig folgende Deklaration: «Der ZMD ist eine politische Organisation der Jugend zwischen 16 und 30 Jahren... Er anerkennt die konstitutionellen Prinzipien des politischen und sozialen Systems sowie die Aussenpolitik der Polnischen Volksrepublik.» Der Kern des ZMD wurde am 10. Oktober 1980 in Krakau gegründet: der Akademische Demokratische Klub («Gazeta Krakowska», 17. 2. 1981, S. 1 und 3).

Auf die Verbindung des ZMD mit der SD weist die Tatsache hin, dass am zweiten SD-Kongress tag die erste Pressekonferenz des ZMD abgehalten wurde, wo der Provisorische Landesrat mitteilte: «Viele SD-Wojwodschafts Komitees und lokale Zirkel sind beim Aufbau des ZMD aktiv behilflich.» («Kurier Polski», 16. 3. 1981)

Zerbröckelung der beglaubigten Landwirtschaftspolitik...

Die grösste Enttäuschung in den Bauernkreisen löste zweifelsohne die Stellungnahme der «Bauernpartei» zur *Frage der Land-Solidarität* aus. Die ZSL befürwortet nämlich den Ausbau der bisherigen «Bauernautonomie» im Rahmen der seit 1957 bestehenden Agrarzirkel. Diese haben jedoch mit der Zeit ihren ursprünglichen Charakter vollständig verloren. Auf dem ZSL-Kongress vom Dezember 1980 nahm PVAP-Sekretär Kania in seiner Grussrede auf die Land-Solidarität nicht einmal Bezug, sondern forderte eine Ausdehnung der Rolle der Agrarzirkel.

Auch in den «Richtlinien des Politbüros des ZK der PVAP und des Präsidiums des Hauptkomitees der ZSL» heisst es u. a.: «In den Agrarzirkeln und deren Vereinen sehen wir eine echte Vertretung und Verteidigung der bäuerlichen Interessen.»

Die Richtlinien führen die in den siebziger Jahren entstandene Ausschaltung der Agrarzirkel aus dem politischen Leben darauf zurück, dass die zuständigen Behörden «das Wesen dieser Bewegung nicht begriffen» hätten. Aber: «Zu diesen Praktiken gibt es keine Rückkehr und kann es auch keine geben.» («Trybuna Ludu», 4. 2. 1981)

Bald erschien auch der «Gesetzesentwurf über

die agrarische Selbstverwaltung», der von der Land-Solidarität ebenfalls keine Kenntnis nimmt und ausschliesslich auf die Agrarzirkel beschränkt ist, die allerdings auch gewerkschaftliche Funktionen ausüben sollten, wie es heisst.

Die Förderung der Genossenschaften der Agrarzirkel (SKR) bedeutet, dass die Privatbauern und ihre Zirkel den Zentralbehörden gegenüber machtlos ausgeliefert sind, nicht anders als vor 1981.

Um die Bauern zur Mehrproduktion zu bewegen, wurden die Agrarpreise erhöht und die Dienstleistungen für die Privatbauern verbilligt. Um die Zahl der Agrarzirkel (heute 25 000) und deren Mitgliedschaft zu erhöhen, wurde am 1. Januar 1981 der Fonds zur Förderung der Landwirtschaft den Agrarzirkeln zur Verwaltung übergeben. Durch eine Regierungsverordnung erleichterte man den Bodenkauf und -verkauf sowie die Kreditgewährung für die Privatbauern. Die Land-Solidarität lehnt jedoch die Agrarzirkel entschieden ab. Dass mehr als 1,2 Millionen Agrarwirtschaften (von den 3,5 Mio.) keine Zugmaschine haben, dass die Industrie für Landmaschinenbau die Bestellungen der Bauern ausser acht liess, dass zahlreiche Bauern das Land verliessen, dass die Privatwirtschaften von alten Frauen und Männern geführt werden usw., das

alles wird jetzt mit Recht der ZSL und den Agrarzirkeln vorgeworfen.

Der schon erwähnte gemeinsame Beschluss von ZSL und PVAP über die Richtlinien der Agrarpolitik betont: «Heute kann man Forderungen hören, wonach die Genossenschaft aufgelöst und die von ihr im Besitz gehaltenen Maschinen verteilt werden sollen. Es handelt sich aber hier um den böswilligen Rat, alles zu zerschlagen. In diesem Falle würde die Mechanisierung der Landwirtschaft bedeutend zurückfallen. Nicht jedem gefällt die Tatsache, dass die Bauern ihr Schicksal (nämlich durch die Agrarzirkel; Anm.) selbst lenken wollen... Die Erneuerung der bäuerlichen Selbstverwaltung ist also mit einem Kampf gegen ihre Feinde verbunden...»

In einer mit der Land-Solidarität sympathisierenden Zeitung wird dagegen folgendes festgehalten:

«Die Agrarzirkel sind gescheitert. Nach 1956 kam es zu einer Wiedergeburt, und während einem Dutzend Jahre haben die Zirkel unter den damaligen Möglichkeiten relativ gut gearbeitet... Später entstanden jedoch die gemeinsamen Maschinenstationen von mehreren Zirkeln, bald nachher die Zirkel-Genossenschaften. Gleichzeitig kamen die Administratoren und die Beamten. Auf diese Weise haben die Agrarzirkel ihren

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

Einladung zum Abonnement

Zurückzusenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41,
3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZEITBILD**
zu Fr. 39.- (Ausland sFr./DM 42.-). Erscheinungsweise alle zwei Wochen,
Umfang 12 Seiten.

Name Vorname

Strasse PLZ, Ort

Datum Unterschrift

Charakter verloren. Der Rat der SKD (Agrarzirkel-Genossenschaft) wurde lediglich ein Mechanismus für Abstimmung. Wünsche und Forderungen der Basis wurden von oben abgelehnt. Die Bauern wollten erreichen, dass der Posten des Direktors bzw. die Posten der Direktionsmitglieder und der Verwaltung... von Bauern bekleidet werden sollten. All das wurde abgelehnt.

Der Fonds für die Förderung der Landwirtschaft hatte ein ähnliches Schicksal. Die Bauern konnten über seine Aktivität nicht entscheiden.

Etwas besser war es bei den Zirkeln der Bäuerinnen. Diese haben sich nicht ergeben. (...)

Die ländliche Gesellschaft sah das Absterben der Bauernautonomie... Viele Funktionäre der Agrarzirkel und der Genossenschaften der Zirkel wurden abgelöst.

Die Menschen haben das Vertrauen in die Agrarzirkel und besonders in deren Führung verloren. Können sich diese Leute jetzt innert dreier Monate geändert haben? Bis zu dieser Zeit haben sie uns nicht verteidigt; werden sie es in Zukunft tun?

Die Bezeichnung ‚Zirkel‘ kann bleiben, aber nur das!» («Fakty», 13. 12. 1980)

In der Programmdeklaration des Gründungskomitees des Unabhängigen Gewerkschaftsverbandes der Bauern der Wojwodschaft Siedlce heisst es u. a.: «Unser Ziel ist die Verteidigung der beruflichen Interessen der Ernährer der Nation... der Kampf für die Liquidierung der Ausbeutung der Bauern durch die Institutionen, die Beschränkung der Bestechung und Korruption in den Dörfern Masowiens.» (Ebenda)

... und Zusammenschluss der Land-Solidarität

Der «Unabhängige Selbstverwaltende Gewerkschaftsverband der Privatbauern» wurde zuerst von Masowien verlangt; am 10. November 1980 traten die Vertreter der Bauernorganisation und diejenigen des Agrarministeriums zusammen. Sechs Stunden dauerte die teilweise sehr lebhaft Diskussions, in deren Rahmen ein Bauer erklärte:

«Alle betrachten uns als Bettler: die Gemeindebehörden, der Agrardienst, die Agrarzirkel, die Genossenschaft der Agrarzirkel, das Bedienungspersonal in den Magazinen, Geschäften und Ablieferungsstellen für Agrarprodukte.» (Ebenda)

Am 6. Dezember 1980 waren am Treffen im Landwirtschaftsministerium schon die Vertreter der Land-Solidarität von ganz Polen und auch jene der Agrarzirkel anwesend. Die Bauern verlangten die Berücksichtigung der Bauerngewerkschaft im künftigen Gewerkschaftsgesetz und betonten: «Von dem Moment an, da man die Agrarzirkel in den Genossenschaften (SKR) zusammenschloss, wurden sie verstaatlicht und bürokratisiert.» Das Treffen brachte praktisch nichts Positives.

Bekanntlich wurde das Anliegen der Privatbauern vom Obersten Gericht am 10. Februar 1981 abgelehnt, was sie jedoch nicht im geringsten daran hinderte, ihre Aktivitäten fortzusetzen und sogar auszudehnen.

Die ursprünglich drei verschiedenen Privatbauernorganisationen schlossen sich zusammen (in den Unabhängigen Gewerkschaftsverband der Agrarproduzenten) und hielten in Posen am 8.



Agrarkombinat in Schlesien, Landwirtschaftliche Maschinen gibt es nur für die Kollektive; die Privatbauern werden nach ihrer Aussage als Bettler behandelt.

und 9. März 1981 ihre erste Landeskonferenz ab. Die historische Versammlung der 500 Bauernvertreter von allen Teilen Polens beharrte auf dem bäuerlichen Verlangen und war nicht einverstanden, ihre Organisation als «Verein» zu bezeichnen, wie es die Regierung verlangt.

Die bisherige Mitgliedschaft wurde in Posen auf 1,8 Millionen geschätzt; die Gründungskonferenz erklärte ihr Misstrauen gegenüber ZSL-Chef Guwca, und als Präsident des neuen Verbandes wurde der 23jährige Kleinbauer Jan Kulaj gewählt, der schon jetzt als «Bauern-Walesa» bezeichnet wird und in den bisherigen Verhandlungen mit Regierungskreisen grösste Kommisslosigkeit zeigte. Von den 474 Stimmen konnte er 452 gewinnen, was ein Zeichen des Vertrauens bedeutet, trotz seiner Jugend.

Regierungskreise unternahmen alles, um die Konferenz zu verhindern, aber umsonst. Vor allem durften keine Massenmedien über diese Konferenz berichten, und — das muss man betonen — die Zensur leistete in dieser Beziehung erneut eine vollkommene Arbeit.

Die Regierung will lediglich einen Bauernverband, aber keine Gewerkschaftsorganisation der Privatbauern dulden, da die Gewerkschaften nur für Arbeitnehmer zulässig seien. Aber von den 3,5 Millionen Kleinbauern sind etwa 1,5 Millionen nur «Feierabendbauern» — oder Arbeiter/Bauern, welche die Arbeit auf dem Lande mit jener in der Industrie verbinden. Wer könne da, so fragen die Bauern, von «Unternehmern» sprechen?

Die Regierung behauptet, an der Spitze der Land-Solidarität stünden «fremde Elemente, die mit wohlverstandenen Interessen der bäuerlichen Bevölkerung nichts gemein» hätten (KOR-Aktivisten). Nach Meinung der Sprecher der Solidarisität haben die jungen KOR-Aktivisten aber den Bauern sehr geholfen, ihre Rechte zu verwirklichen, während in den Agrarzirkeln die Einzelbauern von den Direktoren der Produktionsgenossenschaften bzw. der Zirkel-Genossenschaften unterdrückt worden seien.

Einer der wichtigsten Berater der Bauern ist Professor Stelmachowski; er hat die Sprecher der Bauern in Rzeszow bei den Verhandlungen mit der Regierungsdelegation beraten. Er hat Vizeminister Kacala dabei nachgewiesen, dass die Konvention Nr. 141 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) unbestreitbar auch selbständigen Landwirten das Recht zusichert, sich in Gewerkschaften zu organisieren. Die westlichen

Delegationen seien gegen diese ILO-Konvention gewesen; diese sei in erster Linie auf das Drängen der UdSSR und Polens zustande gekommen. Polen habe jedoch die Konvention trotzdem noch nicht ratifiziert.

Die Posner Konferenz wandte sich darauf an den Sejm und verlangte die Ratifizierung der ILO-Konvention von 1975, wodurch die Regierung zweifelsohne in eine unangenehme Situation geriet. (Die UdSSR und Polen hatten damals Bauerngewerkschaften in nichtsozialistischen Ländern protegiert wollen; jetzt kommt der Bumerang.)

Kirche für Bauerngewerkschaft

Der Gewerkschaftsverband Solidarnosc steht hinter den Forderungen der Bauern; Walesa erschien für kurze Zeit selbst in Posen. Auch die Kirche nahm für die Land-Solidarität Stellung.

Die Plenarkonferenz des Episkopates betonte im März: «Wir haben volles Verständnis und Bewunderung für die Arbeit der Bauern, die ihr Eigentumsrecht entschieden verteidigen.» Nachher äusserte sie sich für das Recht der Bauern, «sich zusammenzuschliessen» («Trybuna Ludu», 14./15. 3. 1981).

Der Haupttrat des Episkopates erliess Ende Februar ein wichtiges Communiqué, dessen Punkt 4 wie folgt lautet:

«Das grundlegende Problem ist heute die Ernährung der Nation. Die fehlerhafte Agrarpolitik während mehrerer Jahrzehnte führte zu einer Gefahr des Hungers in unserem Lande. Die Kirche warnt seit langer Zeit vor dieser Gefahr... Die Wiedergutmachung der Schäden, die dem Dorf angetan wurden, ist ein langer Prozess... Vor allem muss man den Bauern das Eigentum des bebauten Landes garantieren. Man muss ihnen das Recht auf die Bildung eines Gewerkschaftsverbandes zuerkennen. (...) Das Recht der Bauern, sich entsprechend ihrem Wunsch und ihren Bedürfnissen zusammenzuschliessen, unabhängig von den heute bestehenden Vereinigungen, ist ein Naturrecht.» («Tygodnik powszechny», Krakau, 22. 2. 1981)

Auch die Bauern verlangten in Posen die Wiedereinführung des Religionsunterrichtes in den Schulen.

Angesichts der Schwierigkeiten mit der Lebensmittelversorgung ist die Frage der Bauerngewerkschaft heute genauso wichtig wie diejenige der Industriearbeitergewerkschaft. ■